

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 5. August 2003

Gemeindesteuern: Kronberger Kreis hält nichts von den Vorschlägen der Regierung und Opposition

Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, der Kronberger Kreis, veröffentlicht heute seine neue Studie „Gute Gemeindesteuern“. Darin grenzen sich die liberalen Wissenschaftler deutlich von den Vorschlägen von Regierung, Opposition und Verbänden ab. Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Mitglied des Kreises, urteilt: „Die derzeit diskutierten Vorschläge zur Gemeindefinanzreform haben wenig bis gar nichts mit guten Gemeindesteuern zu tun.“ Das gestrige Spitzengespräch in Hannover laufe auf eine „Finanzflickschusterei“ hinaus, anstatt der Gemeindefinanzierung eine dauerhaft tragfähige Grundlage zu geben.

In ihrer Studie entwickeln die liberalen Ökonomen eine neue Finanzverfassung für die Gemeinden, die Äquivalenz und Effizienz der Besteuerung mit konjunktureller Robustheit des Aufkommens und administrativer Einfachheit verbindet. Es werden drei eigenständige kommunale Steuern vorgeschlagen, bei denen jeweils die Kommune über das Hebesatzrecht verfügt:

- Die Gewerbesteuer wird durch eine allgemeine Betriebssteuer ersetzt, die auch von Freiberuflern und Behörden erhoben wird. Bemessungsgrundlage ist der Produktionswert der Betriebe bzw. die Bruttolohnsumme der Behörden.
- Eine allgemeine Bürgersteuer ersetzt den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Sie wird mit einem proportionalen Tarif auf die Summe der Einkünfte erhoben.
- Die Grundsteuer wird in eine allgemeine Bodenwertsteuer umgewandelt.

Die Einführung von Bürgersteuer und allgemeiner Betriebssteuer würde Bund und Länder steuerlich entlasten und wäre daher mit einer Senkung der Einkommensteuer zu verbinden, die über das bisher beschlossene Maß weit hinausginge.

Der Kronberger Kreis wendet sich sowohl gegen eine Revitalisierung der Gewerbesteuer, auf die die Regierungsfractionen hinsteuern, als auch gegen den Verzicht auf eine unternehmensbezogene Gemeindesteuer, wie er Oppositionskreisen vorzuschweben scheint. „Die Kommunen sind zugleich Produktionsstandorte und Wohnstandorte. Sie brauchen daher zwei unabhängige Steuern“, so Neumann. Allerdings sei auch eine reformierte Gewerbesteuer „unter Äquivalenzgesichtspunkten indiskutabel“, weil der Gewerbeertrag den Bezug an gebührenfreien Leistungen der Gemeinde nicht zureichend abbilde.

Neumann fordert die Parteien auf, sich im Vermittlungsausschuß nicht auf die bisherigen unzureichenden Vorschläge zu versteifen, sondern einen deutlichen Schritt in Richtung kommunale Autonomie zu wagen. „Nur mit mehr eigenverantwortlicher Finanzierung können die Kommunen sich aus ihrer jetzigen Krise befreien.“

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
Email: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de